

VIVANT- Fraktion

Plenarsitzung vom 22. September 2008

Sehr geehrter Herr Präsident,

Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentes und der Regierung,

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

In der Regierungserklärung haben Sie die Arbeit der Regierung in 3 Aufgabenfelder unterteilt:

1. sollen die Aufgaben im Rahmen der an die DG übertragenen Zuständigkeitsbereiche so gut wie möglich wahrgenommen werden. Man kann davon ausgehen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ministerium diese Arbeiten im Wesentlichen, natürlich im Auftrag der Regierung, ausführen und verfolgen.
2. wollen Sie die Arbeitsweise ständig verbessern: Das ist loblich, aber im Grunde doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit.
3. möchten Sie Sich zukünftigen Herausforderungen und neuen Aufgaben stellen.

Im Namen der VIVANT- Fraktion werde ich dieses dritte Aufgabenfeld kommentieren.

Als eine der Herausforderungen nennen Sie die sinkende Kaufkraft von vielen Bürgern. Wir erkennen an, dass Sie Sich nun auch, und ganz zu Recht, zuständig fühlen für Probleme, die nicht direkt im Zuständigkeitsbereich der DG liegen. Die Maßnahmen zur Steigerung der Kaufkraft, welche Sie als Regierung durchführen wollen, helfen punktförmig einigen Gruppen der Bevölkerung. Das ist gut, aber es ist doch eigentlich nur eine Alibi-Funktion! Die VIVANT- Fraktion fordert erneut dazu auf, wie wir das übrigens im Verlauf der letzten 3 Jahre immer wieder getan haben, die **Ursachen** des Kaufkraftverlustes zu hinterfragen und im Sinne der Ursachenbekämpfung aktiv zu werden.

Auch auf die Gefahr hin, dass am Montag oder Dienstag dann wieder im GE steht "Meyer machte einmal mehr einen Europa politischen Exkurs" spreche ich hier das Thema der aktuellen Bankenkrise an. Sie zeigt nämlich überdeutlich, dass die Regierungen das Marktgeschehen nicht ausschließlich dem Egoismus der Marktakteure überlassen können, sie zeigt aber auch wie sehr die Politik bereits von den Konzernen vereinnahmt ist. Dass jetzt in Amerika, aber auch bereits in

Europa, den Abzockern an den Börsen nochmals Hunderte von Milliarden Dollar bzw. Euro von unseren Steuergeldern, sozusagen als Belohnung für die vorherige Ausplünderung, zugeschustert werden, ist an Perversität, Unverfrorenheit und Korruption einfach nicht zu überbieten. Jeder begreift inzwischen, dass es sich nicht um Kavaliersdelikte handelt, sondern dass mit diesen Finanzspekulationen aus purer Habgier gut gehende Betriebe auch in Belgien ruiniert werden und dass die Menschen dadurch ihren Arbeitsplatz verlieren. Das neue "Haus der Finanzen" in Eupen, dem Sie meinten, Herr Lambertz, Ihre Glückwünsche überbringen zu müssen, ist da sicherlich keine Ausnahme, man braucht im GE- Bericht vom 18.09.2008 nicht weit zu suchen, denn die Herrschaften haben zum Ziel als Finanz- und Steuer- Optimierer tätig zu werden, die den größten Gewinn bringenden Perspektiven auszuloten und die Gesetzesmöglichkeiten, und Gesetzeslücken, zu nutzen, um das Vermögen aufzubauen, zu schützen und zu übertragen. Alles natürlich vollkommen legal. So wie z.B. vor einigen Wochen der KBC- Aktienfond mit Finanzspekulationen auf die Lebensmittelpreise. Dass durch solche Spekulationen die Preise dann noch weiter in die Höhe gehen, wird billigend in Kauf genommen. Die rechtliche Basis für diese Praktiken bietet der europäische Nizza- Vertrag und mit dem Lissabon- Vertrag soll die Ausbeuterei von 95% der Bevölkerung dann endgültig juristisch festgemacht werden.

Am 18. Juni 2008 haben Herman van Rompuy und Armand De Dekker je einen Spezialgesetzentwurf in der Föderalen Kammer eingebracht, zwecks Abänderung von Gesetzen, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Vertrages von Lissabon. Der Lissabon- Vertrag wurde aber durch das Votum der Bevölkerung in Irland verworfen. Man will also jetzt offensichtlich den Lissabon- Vertrag, trotzdem, als gültig ansehen und ganz einfach im gesetzgeberischen Alltag einsetzen. Die VIVANT- Fraktion bittet Sie, Herr Ministerpräsident, dazu um eine Stellungnahme in Ihrer Replik. Ich bin mir sicher, dass inzwischen jedes Mitglied in Parlament und Regierung weiß, dass gewisse Bestimmungen des Vertrages von Lissabon, insbesondere die Bestimmungen in Bezug auf den freien Verkehr von Finanztransaktionen, vor seiner Anwendung, abgeändert werden müssen.

Mit der aktuellen Bankenkrise sind große Sorgen bei vielen Menschen in der DG verbunden, vor allem natürlich bei den Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, bei den Rentnern und Alleinerziehenden. Täuschung der Öffentlichkeit und Übervorteilung der Bevölkerung durch die Politik sind nicht länger hinnehmbar. Ich bitte Sie also, Herr Ministerpräsident, die Frage der VIVANT-Fraktion präzise zu beantworten. Die angesprochenen Gesetzesentwürfe und die Frage hatte ich Ihnen im Vorfeld zugeschickt.

Der Bericht "Ausgeschlossen" über Kinder- und Jugendarmut in der DG, den Sie Herr Gentges mit einem Geleitwort vorgestellt haben, zeigt auf, dass die DG keineswegs eine Insel der Glückseligen ist. Das mittlere Pro-Kopf-Einkommen liegt, seit 1980, in der DG unter dem Einkommen in der Wallonie und in Flandern, die Arbeitslosigkeit ist bei uns höher als in Flandern, zunehmend reicht auch für Menschen mit Arbeit das Einkommen nicht aus für eine angemessene Wohnung auf dem privaten Wohnungsmarkt. Schlussfolgerung des Berichtes: Das Armutsrisiko in der DG wächst, und das Leben in Unsicherheit, in "Prekarität", nimmt zu. Die VIVANT-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass sich die Regierung der DG intensiv für die finanzielle Gleichstellung der Menschen in der DG mit den Menschen in den anderen Gemeinschaften Belgiens einsetzen muss.

Ein Bereich, der alle Jahre wieder in der Regierungserklärung auftaucht, ist die **Energieeffizienz**. Hier muss man wirklich mit großem Bedauern feststellen: Seit 3 Jahren erfolgen große Ankündigungen von Seiten der Regierung, aber bisher ist noch keine einzige konkrete Maßnahme realisiert. Das ist vollkommen unverständlich, wenn man weiß, dass die Kosten für Isolierungsmaßnahmen auf Grund der steigenden Energiepreise bereits nach wenigen Jahren amortisiert sind.

Die geplante intensive Zusammenarbeit mit den Gemeinden mit dem Ziel die DG zur Modellregion in Sachen Energieeffizienz zu machen ist natürlich gut, aber daneben müssen doch auch die Infrastrukturen zur Nutzung Erneuerbarer Energien intensiv aufgebaut werden. Die Herausforderung einer Energie autarken DG und deren schrittweise Verwirklichung würden an sich genügen, um die DG im

In- und Ausland bekannt zu machen, ohne aufwendige PR- Aktionen. Ein kurzer Blick über die Grenze zur 61 Dörfer umfassenden Gemeinde Hellenthal zeigt, wie es gemacht werden kann, siehe GE-Bericht vom 18. September 2008 über die UNESCO- Auszeichnung dieser Gemeinde für seine nachhaltige Gemeindeentwicklung. Dass sich in der DG diesbezüglich noch Manches ändern muss, zeigte vor kurzem die PR-Aktion des BRF für die Ski-Halle in Landgraaf an der niederländischen Grenze: Angesichts der dramatischen Klima Veränderungen sind solche touristischen Exzesse vollkommen verwerflich. Wir sind der Meinung, dass Regierung und Parlament im Bereich öffentlicher Meinungsbildung zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung eindeutig Verantwortung tragen.

Ein Wort zum Beitritt der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur **“Zukunftsinitiative Eifel“** den die VIVANT- Fraktion selbstverständlich begrüßt. Ich greife hierzu eine Vorlage von Freddy Derwall aus seinem GE- Beitrag vom letzten Samstag “Mit spitzer Feder“ zur Lage der Gemeinschaft auf, als er, sozusagen als Visionär, den von VIVANT vorgeschlagenen “Venntaler“ erwähnte. Zu den bereits definierten 5 Handlungsfeldern der Zukunftsinitiative Eifel könnte ich mir sehr gut als sechstes Handlungsfeld, in Zeiten des Bankensterbens, und dann mit besserem Erfolg und mit dem Ziel einer Verbesserung der wirtschaftlich- sozialen Lage der Menschen, die Entwicklung einer zinsfreien Regionalwährung im Eifelraum vorstellen, dann aber wohl eher als “Eifeltaler“.

Im Unterrichtsbereich begrüßt die VIVANT- Fraktion die Zielsetzung lernschwache Kinder bereits sehr früh zu erfassen und dann einer individuellen Förderung zuzuführen.

Im Kulturbereich kann ich berichten, dass die Lehrkräfte der Musikschule sehr froh darüber sind, nun endlich ein reguläres Statut zu erhalten.

Zum Schluss ein Wort zur Staatsreform und den möglichen Folgen für die DG. Als Gliedstaat in Belgien ist die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziell vollkommen von den externen Zuwendungen aus der föderalen und der wallonischen Kasse abhängig. Nach

Meinung der VIVANT- Fraktion sollten Regierung und Parlament deshalb mit der gebotenen Bescheidenheit zu Werke gehen. 4 Minister, 25 Parlamentarier und jetzt ein luxuriöser Parlamentsumzug: das sind keine besonders überzeugenden Empfehlungen bei vielleicht demnächst anstehenden existenziellen Verhandlungen mit der Wallonischen Region bzw. mit dem föderalen Reststaat. Wir tun gut daran, nach meiner Meinung, wenn wir die flämischen und die wallonischen Verhandlungspartner im Vorfeld nicht für dumm verkaufen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Joseph Meyer

VIVANT- Fraktion im PDG